Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2–10, 5300 Bonn 1

Postfach 12 04 08
Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Wolfgang Roth MdB, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mahnt, daß die Nicht-Rückzahlung der Investitionsabgabe kein schäbiges Wahlmanöver sein darf: Bereit, der Union zu helfen.
Seite 1

Konrad Kunick MdBü setzt sich dafür ein, die Volkszählung um zwei Jahre zu verschieben: CDU-Eiertanz bis zum 27. April?
Seite 2

Björn Engholm MdB, Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein, stellt erste Maßnahmen einer SPD-geführten Landesregierung vor: Arbeitsprogramm 1983.
Seite 3

38. Jahrgang / 48 10. März 1983

Bereit, der Union zu helfen

Die Nicht-Rückzahlung der Investitionsabgabe darf kein schäbiges Wahlmanöver sein

Von Wolfgang Roth MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

"Wir werden die Rückzahlbarkeit der befristeten Investitionshilfe-Abgabe aufheben und das Gesetz entsprechend ändern", heißt es im Wahlprogramm der CDU/CSU vom 17. Januar 1983.

Jedermann erwartet von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes. Die SPD-Bundestagsfraktion wird einen solchen Gesetzentwurf im Bundestag unterstützen, auch wenn er nicht in allen Einzelheiten mit den Vorstellungen der SPD übereinstimmt.

"Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, daß auch Besserverdienende zur Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise ihren Anteil beitragen", hat Alfred Dregger im Pressedienst der Union am 19. Januar 1983 geäußert. Wir stimmen dieser Auffassung nachdrücklich zu.

Es wäre eine Verfälschung des Wählerwillens, wenn die 244 Mitglieder starke CDU/CSU-Bundestagsfraktion, die die Gesetzgebungsmehrheit nur knapp verfehlte, sich nicht in der Lage sähe, ihr Wahlversprechen gegenüber der FDP durchzusetzen. In diesem Falle wäre endgültig klar, daß das Versprechen der Nicht-Rückzahlung ein auf die Arbeitnehmer zielendes schäbiges Wahlkampfmanöver war.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist in diesem Fall bereit, der Union aus der Klemme zu helfen. (-/10.3.1983/ks/ca)

\+ + +

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108–112
5300 Bonn 2
Telefon: (02 28) 8 12-1

CDU-Eiertanz bis zum 27. April?

Die Volkszählung sollte um zwei Jahre verschoben werden

Von Konrad Kunick

Stellvertretender Vorsitzender der Bremischen SPD-Bürgerschaftsfraktion

Landesvorsitzender der Bremer SPD

Nach ausführlicher Diskussion hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion des Landes Bremen gestern beschlossen, den Senat der freien Hansestadt Bremen aufzufordern, sich wie der Hamburger Senat für eine Verschiebung der für den 27. April 1983 geplanten Volkszählung einzusetzen, "bis, entweder durch Gesetzesänderungen oder durch neue Fragebögen, garantiert werden kann, daß die Anonymität der Befragten und der Schutz der Daten gesichert werden können."

Nach dem Beschluß der Fraktion soll der Bremer Senat im Bundesrat den Hamburger Vorstoß unterstützen. Den von Hamburg angenommenen Verschiebungszeitraum von zwei Jahren hält die SPD-Bürgerschaftsfraktion "für realistisch, aber nicht für zwingend."

Es kann aus unserer Sicht nicht darum gehen, in zwei Jahren die gleichen Fragebögen vorzulegen. Eine solche Verschiebung hat nur Sinn, wenn sich bis dahin dann auch etwas geändert hat. Keinesfalls darf es angehen, daß die CDU/CSU sich in einem politischen Eiertanz dem Terim 27. April nähert, ohne daß etwas passiert. Herr Strauß hat vor der Bundestagswahl gesagt, er sei gegen die Volkszählung, Herr Albrecht war vor der Wahl dagegen und dementiert dies heute, die Bundesregierung hält mit Beschluß von gestern mit dem CSU-Bundesinnenminister an Zeitpunkt und Umfang der Zählung fest. Jetzt kommt auch noch die Bremer CDU und fordert 'Aussetzung'. Aber dafür sollen nicht etwa die eigenen Parteifreunde in Bonn, die doch jetzt eine satte Mehrheit mit der FDP haben, eine nötige Gesetzesänderung beantragen und durchsetzen, sondern die Bremer CDU will den Bremer SPD-Senat vor ihren Karren spannen.

Als weiteren Grund dafür, daß Bremen sich dem Hamburger Schritt anschließen soll, wurden von der SPD-Fraktion die Bedenken von Statistikern gegen eine Volkszählung jetzt angeführt. Danach muß derzeit befürchtet werden, daß eine nichtunerhebliche Zahl von Bürgern die Fragebögen unvollständig ausfüllt oder gar die Zählung boykottiert. Dadurch aber wird das gesamte Zahlenwerk unvollständig, das Ziel der Zählung verfehlt und ein Millionenbetrag zum Fenster hinausgeworfen.

Unabhängig von vielleicht berechtigten oder unberechtigten Bedenken, kommen Politik und Verwaltung nicht ohne gesicherte soziologische Kenntnisse aus. Wir können die Ansprüche der Bürger auf ausreichende Versorgung mit Kindertagesstätten, Schulen, anderen Bildungseinrichtungen, ausreichendem Wohnraum und sinnvollen Freizeitangeboten, Spielplätzen, Nahverkehrsmitteln, Straßen und Altentagesstätten nur vernünftig befriedigen, wenn wir soviel wie möglich über vorhandene Bebauung, Bevölkerungsstruktur, schulische Versorgung, Arbeitswege und vieles mehr wissen. (-/10.3.1983/ks/ca)

\+ + +

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Arbeitsprogramm 1983

Erste Maßnahmen einer SPD-geführten Landesregierung

Von Björn Engholm MdB

Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten in Schleswig-Holstein

Grenzen der Landespolitik

Die schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten haben in den vergangenen Wochen in vielen Gesprächen die Grundlinien für eine neue Landespolitik nach dem 13. März öffentlich diskutiert. In vielen Sachbereichen wie Umweltpolitik, Politik für die kleinen und mittleren Unternehmen, Schulpolitik, Rechts- und Innenpolitik, Gleichstellung von Mann und Frau, Kulturpolitik haben wir zugleich detaillierte Perspektiven für unsere politische Arbeit auch über den Zeithorizont einer Legislaturperiode hinaus vorgestellt.

Verantwortliche Politik muß realistisch ihre politischen Handlungsmöglichkeiten beschreiben. Wir wollen mit den hier vorgestellten Arbeitsschwerpunkten für das Jahr 1983 die Schwerpunkte für die Regierungsarbeit einer sozialdemokratisch geführten Landesregierung erkennbar werden lassen.

A. Arbeitsplätze sichern

Hilfe für die Werften

1. HDW durch die Krise führen

   Mit Vorstand, Betriebsrat, den Anteilseignern und den betroffenen Gewerkschaften wird umgehend ein tragfähiges Sanierungskonzept für die HDW in Kiel unter Beteiligung des Landes verbindlich vereinbart. Ziel eines weitergehenden Engagements des Landes bei HDW ist:

   - Die Großschiffbaukapazität von HDW auf einem mittelfristig international konkurrenzfähigen Niveau durch die derzeitge Krise hindurch zu erhalten,
   - eine langfristige Unternehmensplanung für ein zukunftssicherndes zweites Bein in schiffbaufremder Fertigung bei HDW und den Erhalt der dafür notwendigen Zahl und Qualität von Arbeitsplätzen einschließlich der dafür notwendigen Qualifikation der Unternehmensführung sicherzustellen,
   - die vorhandenen Ausbildungsplatzkapazitäten von Anzahl und Qualität her aufrecht zu erhalten.

2. Gemeinsame Werftpolitik von Bund und Ländern

   Die Forderung der IG Metall nach einer nationalen Werftkonferenz, auf der ein zwischen Bund und Ländern, Schiffbauindustrie, Reedern und den betroffenen Gewerkschaften abgestimmtes nationales Schiffbaukonzept vereinbart werden soll, wird eine SPD-geführte Landesregierung umgehend aufgreifen. Eckpfeiler einer solchen Vereinbarung sind nach unserer Ansicht

   - Fortsetzung der Bundeshilfen für die Werften (Aufstockung der Reederhilfe für die Jahre 1983 bis 1985 von 12,5 auf 17,5 Prozent; Verlängerung des 8. Werfthilfeprogramms für die Jahre 1984 bis 1986; Auftragsförderung für die Exportmärkte in Höhe von 7,5 Prozent, gemessen an den für den Märkten erzielbaren Preisen in den Jahren 1983 bis 1985);
   - ein gemeinsames Programm der Küstenländer mit dem Ziel einheitlicher Schiffbauförderung mit dem Schwerpunkt einer Förderung von Investitionen (bis zu 25 Prozent), die der Aufnahme schiffbaufremder Fertigung dienen.

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

Konkret bedeutet dies: Eine SPD-geführte Landesregierung wird die im Haushalt 1983 von der CDU-Landesregierung eingestellten 190 Millionen DM für die Werften unter Ausschluß der Mittel, die eine Kapitalaufstockung des Landes als ihren Beitrag zur Sanierung von HDW nötig werden lassen, in eine gemeinsam verabredete Hilfe für die Werften in Niedersachsen, Hamburg und Bremen umwandeln.

Es liegt auch im wohlverstandenen Interesse Schleswig-Holsteins, die Arbeitsplätze auf den norddeutschen Werften insgesamt auf einem möglichst hohen Arbeitsplatz- und Entwicklungsniveau zu erhalten.

Neuer Anlauf für ein Küstenstrukturprogramm

Die Verhandlungen mit der Bundesregierung und den norddeutschen Länderregierungen über ein Küstenstrukturprogramm werden ernsthaft wieder aufgenommen. Dies schließt auch eine Neugewichtung des 421-Millionen-Programms im Rahmen einer mittelfristigen Finanzplanung ein.

Ausbau der ABM-Maßnahmen: 3.000 Stellen in 1983

Eine SPD-geführte Landesregierung wird zu einer konzertierten Aktion von Landesarbeitsamt, bisherigen Trägern von ABM-Maßnahmen, Arbeitgebern und Gewerkschaften die noch für dieses Jahr für Schleswig-Holstein zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel beim Landesarbeitsamt voll binden.

Neubau von 2.000 Wohnungen in Gebieten mit erhöhtem Wohnbedarf - Sicherung des Wohnungsbestandes im sozialen Wohnungsbau

1. Sonderprogramm der WKA

   Die Landesregierung wird die Wohnungsbaukreditanstalt anweisen, ein Sonderprogramm für den sozialen Wohnungsbau aufzulegen und damit ihre erheblichen Finanzreserven investiv zu nutzen. Die dafür notwendigen gesetzgeberischen Schritte werden umgehend eingeleitet.

2. Sozialen Wohnungsbau verstärken

   Das von der CDU-Landesregierung aufgelegte Wohnungsbauprogramm wird zugunsten des sozialen Wohnungsbaus neu gewichtet.

3. Kein Bauherrnmodell im sozialen Wohnungsbau

   Die Förderung des sozialen Wohnungsbaus nach dem Bauherrnmodell (1982 immerhin 681 Wohnungen) wird ausgeschlossen.

Ausbildungsgarantie

Im dualen Ausbildungssystem liegt auch verfassungsrechtlich die Hauptverantwortung für eine ausreichende Anzahl von Ausbildungsplätzen bei der Wirtschaft. Es darf keinen Zweifel geben, daß die Wirtschaft auch 1983 alle Anstrengungen unternimmt, um ausreichend viele Ausbildungsplätze anzubieten.

Nach unstrittigen Berechnungen besteht dennoch die Gefahr, daß in diesem Jahr eine größere Anzahl Jugendlicher ohne Ausbildungsmöglichkeiten bleibt.

Eine SPD-geführte Landesregierung wird deshalb ein Programm vorbereiten, um für alle nach dem 30. September unversorgten Jugendlichen den Beginn einer qualifizierten Berufsausbildung sicherzustellen.

In einem Nachtragshaushalt werden mehr Berufschullehrer 75 der 300 versprochenen Berufsschullehrerstellen bewilligt,

Ausbau der Berufsschulen

die erste Marge des 120-Millionen-Programms zum Ausbau der Berufsschulen entsprechend vorhandener baureifer Planungen eingestellt,

Freiwilliges 10. Schulleistungsjahr

das Schulgesetz wird novelliert, um ein 10. freiwilliges Schulleistungsjahr an Haupt- und Sonderschulen einzurichten.

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

B. Umweltschutz

Novellierung Landschaftspflegegesetz

Das Landschaftspflegegesetz wird novelliert. Schwerpunkte der angestrebten Novellierung sind: Zulassung einer Verbandsklage, Aufhebung der Landwirtschaftsklausel und eine bessere Beteiligung der Bürger und Naturschutzverbände am Naturschutz.

Sicherung des Wattenmeeres: Sofortige Deichverstärkung der Nordstrander Bucht

Anstelle der geplanten Großeindeichung in der Nordstrander Bucht wird mit einem Programm zur sofortigen Deichverstärkung begonnen.

Sicherung von Naturschutzräumen, zum Beispiel der Alten-Sorge-Schleife

Mit ihrem Ziel, in den nächsten vier Jahren die in Schleswig-Holstein gesetzlich geschützten Naturschutzflächen zu verdoppeln, wird mit der Sicherung des Feuchtgebietes Alte-Sorge-Schleife umgehend begonnen (letztes großes Brutgebiet der Weißstörche, Fischotterrevier).

Gemeinsame Enquete-Kommission Unterelbe

Die Anregung der SPD-Fraktionsvorsitzenden aus Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, eine gemeinsame Enquete-Kommission Unterelbe einzurichten, werden wir aufgreifen. Ziel der Kommission wird es sein, konkrete Vorschläge zu gemeinsamen Handeln in der Unterelberegion zu erarbeiten. Die Arbeit der Kommission wird auf ein Jahr befristet. Zu ihrem Auftrag gehört die Vorbereitung eines gemeinsamen Lastplans (Wärme, Umweltgifte, organische Belastung) für die Elbe, eines entsprechenden Einleitungskatasters und eines entsprechenden Abbauplanes.

Umweltschutz in die Landessatzung

In Artikel 8 der Landessatzung wird der Umweltschutz verankert.

Eigenes Umweltschutzministerium

Für die Koordinierung der Umweltschutzpolitik wird ein Umweltschutzministerium und ein Landesamt für Umweltschutz eingerichtet. Entsprechend wird ein Umweltausschuß beim Landtag vorgeschlagen.

C. Künftige Energieversorgung

1. Neugestaltung der Energieversorgungsstruktur

Eine SPD-geführte Landesregierung wird eine Sachverständigenkommission berufen mit dem Ziel, Landesregierung und Parlament gesetzgeberische und administrative Vorschläge für eine Neuorientierung der Energiepolitik mit dem Vorrang von Energieeinsparung bei Verbrauch und Erzeugung, Aufbau regionaler Energieversorgungsstrukturen und den angestrebten mittelfristigen Verzicht auf die Nutzung von Kernkraftwerken in der Stromversorgung berufen.

2. Ausstieg aus Brokdorf

Prüfung bereits erteilter Baugenehmigungen

Die Frage, ob bei bereits ergangenen Teilerrichtungsgenehmigungen für Brokdorf vom Betreiber und/oder Genehmigungsbehörde gegen gesetzliche Bestimmungen im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren verstoßen wurde, wird unter Einschaltung unabhängiger Dritter gutachterlich geprüft.

D. Bildungs- und Kulturpolitik

1. Sicherung der Unterrichtsversorgung durch Bekämpfung der Lehrerarbeitslosigkeit

Die SPD wird ihr Programm zur weitgehend kostenneutralen Beschäftigung arbeitsloser Lehrer erneut im Landtag einbringen. Dazu gehören:

- Verzicht auf die geplante Streichung von 722 Lehrerstellen zum 31. Dezember 1985,
- Erweiterung des Teilzeitstundenangebotes,

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

- Abbau von Mitteln für Überstunden, Aushilfsmaßnahmen und Nebentätigkeiten und Bindung der frei werdenden Mittel, um neue Stellen zu finanzieren.
- 300 neue Planstellen in berufsbildenden Schulen bis 1987, davon 75 in 1983.

2. Novellierung Schulgesetz

Die SPD wird eine Novelle des Schulgesetzes einbringen. Ihre Schwerpunkte sind

- kinderfreundliche Grundschule

  Schrittweiser Abbau der Zensuren durch Beurteilungen, Verzicht auf Sitzenbleiben, Klassenwiederholungen nur mit Zustimmung der Eltern, enge Zusammenarbeit von Grund- und Sonderschule.

- pädagogischer Freiraum für alle Schulen

  Eine SPD-geführte Landesregierung wird anstelle einer bislang bis in Einzelfragen administrativ die Schule regelnden Erlaßfülle den pädagogischen Freiraum für Erziehung verläßlich absichern. Dazu gehört die Stärkung der Schulkonferenz und die Mitspracherechte aller an der Schule Beteiligten.

- Gesamtschule wird gleichberechtigt

  Gesamtschule wird auf der Grundlage der Gesetzesinitiative von SPD, FDP und SSW gleichberechtigte Regelschule, wo Eltern dies wollen, eine ausreichende Anzahl von Schülern vorhanden sind und der Schulträger entsprechende Entscheidungen trifft.

- Sicherung eines ortsnahen Schulangebotes

  Im ländlichen Raum wird die schulorganisatorische Zusammenarbeit zwischen Hauptschule, Realschule und Gymnasium ermöglicht.

3. Verstärkte Zusammenarbeit von Hochschule und Wirtschaft

Für eine Stärkung der wirtschaftlichen Zukunftschancen des kleinen und mittleren Unternehmen wird zusammen mit den Kammern des Landes die anwendungsorientierte technologische Forschung in Zusammenarbeit von Wissenschaft und Hochschule im Lande verstärkt.

4. Kulturarbeit vor Ort

Auch unter engeren finanziellen Rahmenbedingungen wird das Land Gemeinden, Kreisen und Städten im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs helfen, ihre Kulturarbeit aufrecht zu erhalten.

E. Hilfe zur Selbsthilfe

Gleichstellungsstelle beim Ministerpräsidenten

Nach wie vor sind Frauen in unserer Gesellschaft in ihrer beruflichen, sozialen und politischen Lebenschance benachteiligt. Regierungshandeln und Gesetzgebung müssen ständig daraufhin überprüft werden, inwieweit sie dem Verfassungsgebot einer Gleichstellung von Mann und Frau Rechnung tragen. Deshalb wird eine Gleichstellungsstelle beim Ministerpräsidenten eingerichtet.

Ehrenamtliche Nachbarschaftshilfe

Über den Vorschlag, drei Modellversuche neuer Formen der Nachbarschaftshilfe zu erproben, werden daran interessierten Kreisen und kreisfreien Städten Gespräche angeboten.

Menschenwürdige Behandlung von Asylbewerbern

Die vom Land den Städten und Kreisen vorgeschriebenen Maßnahmen zur Eindämmung der Sozialleistungen an Asylbewerber werden unter drei Gesichtspunkten überprüft:

- Aufgabe des Zwangs zur Gemeinschaftsverpflegung mit der Möglichkeit der Selbstversorgung für die Betroffenen,
- mögliche Rücknahme der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften,

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier

- Zuschüsse an die Kreise zur Anmietung von Wohnungen für Asylbewerber unter Ausschluß von Hotelunterbringungen.

F. Liberalität und Bürgernähe

Mehr Mitbestimmungsrechte für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst

Das nun bereits dreimal von der CDU-Landesregierung abgelehnte neue Personalvertretungsgesetz, das die Mitbestimmungsrechte der Landesbediensteten mit denen von Bundesbediensteten gleichstellt, wird umgehend eingebracht und verabschiedet.

Keine Regelanfrage beim Verfassungsschutz

Die Regelanfrage bei Bewerbern für den öffentlichen Dienst beim Verfassungsschutz wird ersatzlos gestrichen.

Junge Presse wieder gefördert

Die Junge Presse Schleswig-Holstein wird wieder ohne politische Zensur ihrer Mitglieder von der Landesregierung in ihrer Arbeit unterstützt.

Erhalt kleiner Amtsgerichte

Die Pläne der CDU-Landesregierung zur Aufgabe kleiner Amtsgerichte werden fallen gelassen.

G. Zur Haushaltspolitik

Ziel der Haushaltspolitik wird es sein, kurz- und mittelfristig für die vorgestellten Maßnahmen zur Strukturverbesserung und Sicherung von Beschäftigung und Ausbildung entsprechende Mittel freizusetzen. Dazu gehören

1. Ausschöpfung aller Möglichkeiten zur Einnahmeverbesserung durch den Abbau von Steuerrückständen, die Erhöhung der Förder- und Feldesabgaben bei der Öl- und Erdgasgewinnung, Abbau der Ministerialzulage und die personalle Verstärkung für Betriebsprüfung und Steuerfahndung.

2. Überprüfung von Leistungsgesetzen und Subventionen, vor allem im Bereich der gewerblichen und Landwirtschaft. Das Angebot der Wirtschaft, dafür selbst Vorschläge zu machen, wird aufgegriffen. Ziel ist es, Zuwendungen für Aufgaben einzuschränken oder fortfallen zu lassen, die auch durch Eigenmittel oder Umlagen der Begünstigungen finanziert werden können.

3. Umschichtungen im Haushalt im investiven Bereich mit der Priorität, auf Wirtschaftsförderung und umweltentlastenden Maßnahmen.

4. Entlastung bei der Wahrnehmung und Finanzierung von Landesaufgaben wie beim vorgeschlagenen Wohnungsbauprogramm.

Mit dieser Prüfung wird eine neue Landesregierung sofort beginnen mit dem Ziel, sobald als möglich einen Nachtragshaushalt zum Haushalt 1983 vorzulegen und die mittelfristige Finanzplanung unter der Priorität eines mittelfristigen Struktur- und Beschäftigungsprogramms zur Förderung privater und öffentlicher Investitionen und zur Sicherung der Ausbildung vom Haushalt 1984 an neu zu gewichten.

Dieses Arbeitsprogramm für 1983 ist der Versuch, im Bereich der öffentlichen Investitionsentscheidungen Schwerpunkte für die Bewältigung der Arbeitslosigkeit und der Ausbildungsplatzmisere zu setzen. Im Bereich der Umwelt- und Energiepolitik werden wir beginnen, die schon lange überfällige ökologische Neuorientierung politischer Entscheidungen einzuleiten. Unsere Schulpolitik will die pädagogische Reform mit Augenmaß. Die Stärkung der Bürgerrechte und die Hilfe für die Schwachen sollen ein neues Verhältnis zwischen Regierung und Regierten eröffnen.

Für dieses Programm wirbt die SPD am kommenden Sonntag. (-/10.3.1983/ks/ca)

\+ + +

Verantwortlich: Willi Carl

Vernünftiger Umgang mit wertvollen Rohstoffen Recycling-Papier